

# Mittelstand fühlt sich kaum vertreten

**Umfrage.** Der Mittelstand gilt als Rückgrat der Wirtschaft. Seine Interessen sieht er in der politischen Diskussion aber nicht genügend vertreten, so das aktuelle „Mittelstandsbarometer“.

VON JAKOB ZIRM

**Wien.** Die Coronapandemie beschert der Welt gerade die größte Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Und auch Österreich bleibt davon nicht verschont. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im vergangenen Jahr um deutlich mehr als sieben Prozent zurückgegangen sein, auf dem Arbeitsmarkt gibt es derzeit mit über 530.000 Arbeitslosen einen neuen Negativrekord.

Auch unter den heimischen Unternehmen gibt es wohl kaum einen Betrieb, der von den aktuellen Einschränkungen nicht tangiert wird. Dennoch verteilen sich die Lasten unterschiedlich. Während beispielsweise in der Industrie oder der Bauwirtschaft – zwei Sektoren, die zumindest seit dem Sommer wieder weitgehend normal arbeiten können – vor allem Großbetriebe zu finden sind, treffen die aktuellen Sperren für Gastronomie, Handel oder Tourismus vornehmlich kleine und mittlere Unternehmen.

Und gerade diese Unternehmen sehen ihre Interessen nur zum Teil in der politischen Diskussion vertreten. Das ist das Ergebnis

des aktuellen „Mittelstandsbarometers“ der Pro-Mittelstands-Initiative „Lobby der Mitte“. Dabei wurden eine repräsentative Umfrage unter 1000 Österreichern sowie eine zusätzliche Befragung unter 100 mittelständischen Unternehmen durchgeführt.

## Wichtiger Wirtschaftsfaktor

Demnach wird der Mittelstand zwar von 83 Prozent der Österreicher und 99 Prozent aller mittelständischen Unternehmen als wichtig oder sehr wichtig für die Republik angesehen. Bei der Durchsetzung der Interessen sieht es jedoch deutlich schlechter aus. Nur 56 Prozent der Österreicher meinen, dass der Mittelstand seine spezifischen Interessen in der öffentlichen politischen Diskussion ausreichend vertreten kann. Bei den Betroffenen selbst ist die Wahrnehmung wesentlich düsterer. Demnach glauben lediglich 17 Prozent der Befragten, dass der Mittelstand in der Politik gut oder sehr gut vertreten ist.

„Das ist ein Phänomen, das wir seit zwölf Jahren bei dieser Befragung immer wieder sehen. Der Mittelstand ist eine Gruppe, der man bei der Bedeutung als Wirt-

schaftsfaktor den ersten Platz gibt. Aber wenn es darum geht, wer etwa die beste Lobby in Österreich hat, dann stehen beispielsweise größere Konzerne, aber auch die Interessen der Beamtenschaft viel weiter vorne“, sagt Wolfgang Lusak von der „Lobby der Mitte“.

Dass dies eine logische Folge der Kleinstrukturiertheit von mittelständischen Unternehmen im Vergleich zu Großbetrieben ist, lässt Lusak nur zum Teil gelten. „Natürlich ist der Mittelstand sehr heterogen. Dennoch geht es auch darum, inwiefern die artikulierten Anliegen von der Politik auch wahrgenommen werden.“

Diese Anliegen werden von der „Lobby der Mitte“ auch in konkrete Forderungen an die Politik übersetzt. So brauchte es laut Lusak vor allem angesichts der aktuellen Krise eine „vollständige Steuerfreistellung für nicht entnommene Gewinne“. Dieser Punkt wird zwar auch von Großunternehmen immer wieder gefordert, sei aber gerade für kleinere und mittlere Unternehmen besonders wichtig, da diese bei der Finanzierung von Investitionen viel weniger Möglichkeiten haben und wesentlich stärker auf das Bankensys-

tem angewiesen sind. Könnten diese Investitionen verstärkt durch erzielte, aber nicht entnommene Gewinne finanziert werden, würde das die mittelständischen Unternehmen nachhaltig stärken.

## Zu viel Bürokratie

Aber auch der Abbau von Bürokratie steht auf der Forderungsliste der Mittelstand-Lobbyisten ganz oben. Auch dies ist eine Forderung, die man auch von anderer Seite immer wieder hört. Für kleinere Unternehmen brächten strenge Vorschriften, etwa bei der Dokumentation, aber einen in Relation wesentlich größeren Aufwand mit sich als bei größeren Betrieben, die eigene Abteilungen dafür haben.

Eine weitere Forderung ist ein faires Steuersystem. So verschärfte sich etwa für Handelsbetriebe wegen Corona die Konkurrenz durch internationale Onlinegiganten. Letztere hätten zusätzlich aber noch den Vorteil, Schlupflöcher im weltweiten Steuerrecht auszunutzen zu können. Diese Forderung ist aber von der heimischen Politik nicht zu erfüllen. Damit sitzt der Mittelstand hier also auch mit den meisten heimischen Großbetrieben in einem Boot.